

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 10

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

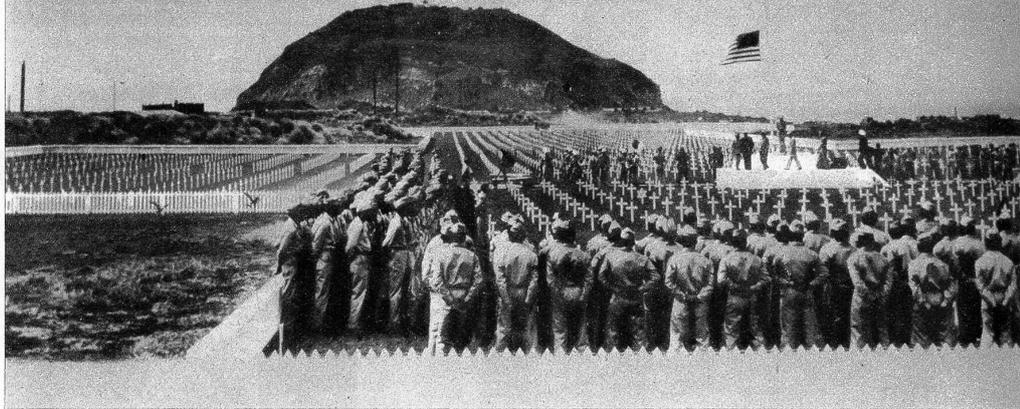
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Dollarfrage

-an- Vor einiger Zeit ging unser grosser Mann, nämlich *Gottlieb Duttweiler*, in *New York an Land*, oder er wurde aus der Luft abgesetzt, doch tut das nichts zur Sache. Eine Zeitungsmeldung gab auch der eidgenössischen Leserschaft kund und zu wissen, warum er hinüber gefahren oder geflogen. Zweck seines Dortseins war also, damit man sich nochmals daran erinnere, Amerika zu überzeugen, dass die Parität zwischen Dollar und Schweizerfranken nicht die richtige sei. *Falls die USA verstehen würden, dass sie mehr nach Helvetien liefern könnten, sofern der offizielle Dollarkurs nicht mehr auf 4.25 stünde*, könnten die Schweizer leichter amerikanische Waren kaufen und bezahlen. Von den Schwierigkeiten unseres Exportes, die sich dabei herausstellen müssten, war, soviel wir uns erinnern, in jener Meldung nicht die Rede. Und davon, wie wichtig dieser unser Export nach den USA geworden, auch nicht. Jedenfalls sagte man sich, *Gottlieb Duttweiler* habe wohl keine Kapitalien nach drüben geflüchtet und müsse heute darum auch nicht davor zittern, dass sie zu einem niedrigen Dollarkurs repatriert werden müsste. Und auch das war klar, dass er nur Importeursorgen vertrat, nicht aber Exporteursorgen...

Wie verschieden die Probleme betrachtet werden können, die sich um den Dollar drehen, konnte man an Hand der Berichte über die *Generalversammlung der Schweizerischen Kreditanstalt* beobachten. Interessant war vor allem die Darlegung von Generaldirektor *Grandjean*, dass die Schweizer — das heisst natürlich jene, die sich mit Dollargeschäften überhaupt abgeben — *drei Sorten von Dollars kennen*: 1. *Den kommerziellen Dollar*, Kurs 4.28 bzw. 4.31.50. Unsere Exporte und Importe werden nach *diesem*, gewissermassen dem «offiziellen» Dollar berechnet. 2. *Den Finanzdollar*. Bis im vergangenen September stand er minimal auf 4.23. Er verkörpert unsere Guthaben in den USA. Auch die Erträge dieser Guthaben wurden auf Grund seines Kurses festgestellt. 3. *Den internationalen Dollar*. Kurs 3.60 bis 3.80. Alle Länder, welche Schweizer Franken kaufen, bieten uns den Dollar zu diesem niedrigen Kurs an. Er wird auf dem freien Markt gehandelt. Jedermann kann ihn kaufen, das heisst, jeder, der Franken anzubieten hat. Sinn und Wert aber hat ein solcher Dollarkauf nur, wenn der Käufer damit «irgendwo in der Welt» Waren kauft und bezahlt, die er auf diese Weise billiger erstet als durch die Verrechnung in irgendeiner Landeswährung, etwa in Liren zum offiziellen schweizerischen Verrechnungskurs. Trotzdem er «frei gehandelt» wird, ist er gewissermassen ein «schwarzer Dollar» und wird unter Umgehung gewisser Hindernisse zum Geschäftemachen — wohl en gros — eingesetzt.

Diesen *dritten* Dollar also möchte Herr *Duttweiler*. Hat er Recht? «Die Geschichte unseres Geldwesens» sei eine «nie abreisende Kette von Betriebsunfällen» gewesen,



Am zweiten Jahrestag der Invasion von Iwojima, deren Eroberung zu den blutigsten Kämpfen des pazifischen Feldzuges gehörte, ehrten die Amerikaner ihre Toten mit einem schlichten, aber ungemein eindrucksvollen Gedenkgottesdienst. (ATP)

und fast jede getroffene «währungspolitische Entscheidung» sei «alsbald durch die Ereignisse desavouiert» worden, sagte ein anderer Delegierter an jener Versammlung. Ein Spruch, der wahrlich *gegen* alle «Experimente» spricht!

Frühjahrsoffensiven

Während unser Wetter Rückfälle in den wirklichen Winter verzeichnet, ereignen sich in der Weltpolitik verschiedene Aufbrüche. *Bevin reist nach Moskau*. Sein Weg führt über *Dünkirchen*. Dort wird am 4. März das neue, auf 50 Jahre Dauer berechnete *britisch-französische Bündnis* unterzeichnet. Am 10. März beginnen in Moskau die Verhandlungen über das *österreichische und deutsche Geschäft*. Kein Mensch erwartet eine rasche Einigung, sondern höchstens Vorarbeit. Aber vielleicht wird der Vertrag über Oesterreich fertig, und alsdann geht wieder ein kleines Stück Europa aus dem Provisorium in ein Definitivum über. Vielleicht noch vor dem Sommer. Auf jeden Fall kann man sagen, dass die Entwicklung wieder flüssiger geworden zu sein scheint und Hoffnung auf wirkliche Fortschritte bietet.

Am andern Ende der Welt, in Ostasien, sind die *Kommunisten offensiv* geworden. Das ist eine sehr wichtige Tatsache. Eine neue Phase des Bürgerkrieges steht allem Anschein nach vor der Tür. Die *Regierung von Nanking* rechnet mit einem völligen Bruche. Anzeichen dafür ist die Tatsache, dass *alle kommunistischen Führer im Machtbereich Tschiang Kai Scheks nach den kommunistischen Gebieten abtransportiert werden*. Also direkt nach *Jennan*. Weitere Anzeichen ergeben sich aus einer *russischen Presseanklage* gegen die Amerikaner, dahin lautend, dass *die USA-Truppen China gar nicht verlassen hätten* oder zu verlassen gedächten: Jede russische Auslandsmeldung ist als Äusserung mit diplomatischem Hintergrund zu werten, ganz anders als die anderer Länder. Vielleicht tarnt Moskau eigene Aktionen mit derartigen Vorwürfen. Vielleicht

geht es auch nur darum, möglichst viele Gründe ausfindig zu machen, um selbst ein Mehreres zu tun in der Unterstützung Jennans. Oder man beugt vor, weil man nächstens den Vorwurf erwartet, Jennan unterstützt zu haben.

Merkwürdig ist, dass die bisher siegreichen Regierungstruppen *die bäuerlichen Partisanenarmeen, welche sich kommunistisch nennen*, auch jetzt noch nicht aus der wichtigen *Provinz Schantung* zu vertreiben vermochten, und ebensowenig aus den südlich anschliessenden Gebieten. Neueste Berichte wollen wissen, dass sieben Divisionen der Zentralregierung aufgelöst wurden, und dass sich *Freischaren Nanking selbst näherten*. Andere Darstellungen lassen erkennen, dass weite Gebiete nur dem Namen nach, wie zur Zeit der Japaner, erobert sind. Die Regierungstruppen beherrschen die meisten Städte und Verkehrslinien, während die «Kommunisten» das flache Land halten.

Für die USA müssten wirkliche Kommunistensiege als regelrechte aussenpolitische Alarmsignale wirken. Immerhin liegen die Dinge ein wenig komplizierter, als die parteipolitische Simplifizierung sie darstellen möchte. Die massgebenden *Regierungsmänner in Washington* wissen den Unterschied zwischen dem dogmatischen Bolschewismus von ehedem und der chinesischen Bauernrevolution sehr wohl zu machen. Sie sind sehr *unzufrieden mit der Zentralregierung* und werfen ihr vor, *die Chancen eines wahren Friedensschlusses mit Jennan entweder verscherzt oder absichtlich vertan zu haben*. Mit andern Worten: USA verstehen sehr gut, dass die Nankingregierung sich im Schlepptau des alten Agrarfeudalismus befindet, und dass sie eine Bodenreform, das Hauptstück der «kommunistischen» Forderungen, hintertreibt. Wodurch die Befriedung des Landes verhindert, die Hebung des allgemeinen Wohlstandes hintangehalten und — der amerikanischen Handel geschädigt wird. Die amerikanische Unzufriedenheit ist mehrfach dokumentiert. Präsident Truman hat den *General Marshall*, obgleich seine Vermittlungs-

aktion scheiterte, seinen Misserfolg nicht entgelten lassen, hat ihn im Gegenteil zum Leiter der Aussenpolitik ernannt. Also ist nicht der Schuldige an der neuen Auseinandersetzung, sondern «jemand in China...»

An der wirtschaftlichen Front aber wird sich letzten Endes entscheiden, welche Richtung die amerikanische Aussenpolitik sowohl in der Behandlung Chinas wie im Verhalten gegenüber dem deutschen Problem einschlagen wird.

Der Isolationismus in den USA, den man tot glaubte, regt sich neuerdings auf breiter Front. Nicht im Weissen Hause, nicht in der jetzt noch zur Hauptsache «demokratischen» Regierung Truman, auch nicht im mehrheitlich republikanischen Kongress.

Seit dem Siege der Republikaner aber ziehen jedenfalls die Marschrouten von Politik und Wirtschaft nicht mehr in der gleichen Richtung wie damals, da der unvergessliche Roosevelt mit seinen Parolen beide zu beherrschenden Widerstände geschickt und kräftig zugleich auszuschalten verstand. Noch sind die Führenden im «Weissen Hause» davon überzeugt, dass man die erste Macht der Welt und darum mit der grössten Verantwortung beladen sei. Dass es einen Welthandel gebe, in welchem man die erste Geige spielen müsse. Kapital soll in aller Welt angelegt werden, Kredite sollen allenthalben die verarmten Völker instandsetzen, amerikanische Waren zu kaufen. Findet das private Kapital-Investitionen oder Kreditgewährungen nicht rentabel, muss der Staat als Garant dazwischen treten. So soll das darniederliegende Deutsche Reich in seinem westlichen Teil wieder zu neuer wirtschaftlicher Blüte gebracht werden, aber nicht nur diese eine verödete Wirtschaftszone, sondern auch jede andere darniederliegende muss «als amerikanischer Markt» vollkräftig wieder auferstehen.

Gegen diese Auffassungen aber, die noch durchaus dem Geiste Roosevelts entsprechen, regen sich die Widerstände. Das Budget Trumans wurde vom Kongress um einen Sechstel gekürzt. Der gemeine Mann, dem man in den Wahlen den Abbau der unsinnig gesteigerten Staatsausgaben versprochen, muss etwas Greifbares sehen, sonst wird er enttäuscht und glaubt den Versprechungen während der bald einsetzenden Kampagne um den Präsidentenstuhl nicht. Es ist aber klar, dass weitere Kreise mehr sehen wollen als nur einige Abstriche am Budget. Einmal soll nirgends in der Welt USA-Kapital in riskante Geschäfte gesteckt werden. Die USA-Regierung hat soeben die britische wissen lassen. Bedingung für die Wirtschaftshilfe Amerikas an Griechenland sei der weitere Verbleib der britischen Truppen im Lande. Mit andern Worten: Nur soweit amerikanische oder «europäische» Armeen — oder im Falle des unsichern China solche der Zentralregierung, die nötige Ordnung garantieren, wird sich der Dollar vorwagen.

Der gemeine Mann aber ist auch der Ansicht, die USA-Armeen in der Fremde verursachen zu grosse Kosten. Das heisst, er erwartet ihren Abbau und wird den Republikanern die Quittung erteilen, falls dieser Abbau nicht erfolgt. Bis zur nächsten Forderung, das oder jenes Gebiet völlig zu räumen und überall dort auf Investitionen und

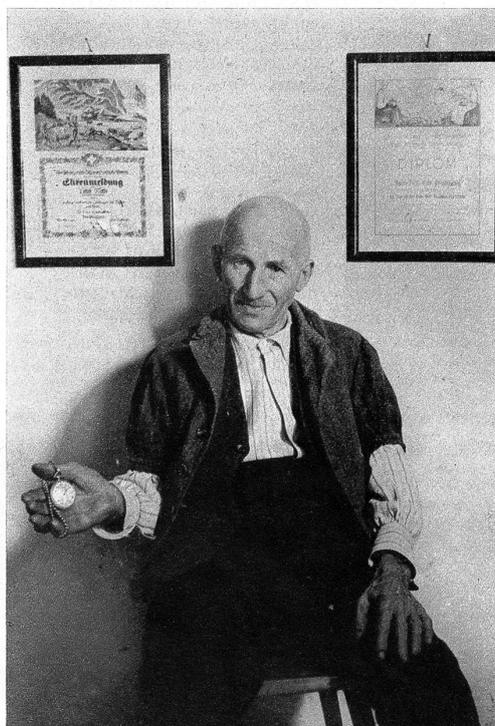
Kreditgewährung zu verzichten, wo dies ohne Schutz durch die eigene oder eine verbündete Armee geschehen müsste, ist nur ein Schritt. Und der konsequent darauf erfolgende letzte Schritt wird sein, im eigenen Lande Zollschutz zu verlangen, fremde Importe zu drosseln, USA wirtschaftlich den Amerikanern zu reservieren. Also zuerst Rückzug überall dort, wo Kosten und Risiko drohen, dagegen in der nächsten Nähe die andern zurückzudrängen — das ist die wirtschaftliche Isolationistenidee.

In diesem Frühjahr soll — und zwar in Genf — eine Konferenz darüber beraten und entschieden, wie die aus der Aera Roosevelt übernommenen «Reziprozitäts»-Abkommen erneuert und erweitert werden könnten, d. h. wie durch erneuerte Abkommen zwischen den Staaten die Zollschränken erniedrigt und dem internationalen Handel der Weg erleichtert werden solle. USA hat vor einem Jahre zu dieser Konferenz eingeladen und wird kaum zurückkurbeln. Aber an den praktischen Ergebnissen dieser Konferenz wird sich zeigen, ob bereits eine schwerwiegende und gefährliche Wandlung der amerikanischen Mentalität die Pläne zur «Befreiung der Welthandels» bedroht. Wir halten diese Konferenz, deren Zusammentritt noch nicht feststeht, für

wichtiger als Moskau,

genauer gesagt, letzten Endes sogar für das entscheidend, was in der russischen Hauptstadt und später anderswo in der deutschen Frage gefordert und irgendwann einmal auch beschlossen wird.

Die Russen machen den Amerikanern und Engländern unentwegt den Vorwurf, sie ar-



Dem 71jährigen Alpsennen Peter Roth-Urfer aus Grindelwald ist eine wohlverdiente Ehrung zuteil geworden. Für 50 Jahre Dienst als Alpsenn auf den Alpen Rosenlaur und Grindel von 1895 an, verabreichte ihm der Schweizer alpwirtschaftliche Verein eine silberne Uhr mit Diplom, die Oberländische Volkswirtschaftskammer des Kantons Bern ebenfalls eine Anerkennungs-urkunde. Unser Bild zeigte Peter Roth mit seiner Uhr und den beiden Diplomen, auf die er berechtigterweise stolz ist. (Photopress)

beiteten auf eine Reaktivierung der deutschen Kapitalisten, der deutschen Schwerindustrie und damit auch des Fascismus und Militarismus. Gerade jetzt, kurz vor dem Zusammentritt der «ersten Deutschlandkonferenz», ist ein Trommelfeuer der russischen Regierungspresse eröffnet worden, welches sich gegen alle dem Kreml irgendwie verdächtigen Kreise und Bestrebungen richtet. Moskau beobachtet alles und jedes und bezieht auch alles und jedes im Hinblick auf die «Einkreisung», die dem Sowjetreiche drohe. Skandinavische Kreise betreiben eine nordische wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Sofort sagt Moskau: Das sind die gleichen Kreise, die während des Krieges Hitler unterstützten. Nun sind sie daran, in ihrem Sektor die «Vereinigten Staaten Europas» vorzubereiten. Lenin aber hat vor langen Jahren gesagt, diese «Vereinigten Staaten» könnten nie in anderer Gestalt entstehen als unter dem Banner des wirtschaftlichen Imperialismus. Folglich kennt man die Ziele dieser Geschäftsleute im Norden: Angriff auf Russland!

Churchill ist selbstverständlich der Führer dieser Kreise, hinter welchen amerikanische und englische Finanzbanken und Konzerne stehen. Sein neuer Aufruf an die Konservativen, den Sturm gegen die unfähige Labourregierung zu eröffnen und «England schleunigst von ihr zu befreien», ist in den Augen Moskaus nichts anderes als ein Teil der internationalen Aktion, die in eine neue Phase eingetreten.

Für den Kreml würde sehr wahrscheinlich das gefährlichste Anzeichen für die «kapitalistische Verschwörung» der amerikanischen Versuch sein, die Besetzungszeit für Deutschland so kurz als möglich zu bemessen und den Schuldigen mehr zu erlauben, als in Potsdam vorgesehen war, wirtschaftlich, politisch und schliesslich vielleicht sogar militärisch. Man kann sich jetzt schon ausmalen, wie derartige amerikanische Anregungen ausgelegt würden: «Seht, das amerikanische Trustkapital geht über zur Wiederbewaffnung der Deutschen!» Dabei lägen die Dinge wohl so, dass die Amerikaner einfach den Kostenpunkt überlegen und ihre Deutschlandarmee abbauen möchten.

Anzeichen für eine solche Wendung gibt es bis heute kaum, aber der Isolationismus kann sie über Nacht reifen. Die Moskauer Konferenz steht unter diesem irgendwie verwirrenden Schatten. Wenn die Schwierigkeiten sich türmen werden, möge der schweizerische Zeitungsläser nicht vergessen, was die Russen alles fürchten und wogegen sie Sicherheiten verlangen. Sie sehen heute in den Engländern, solange Labour regiert, immer noch die verlässlicheren Partner in der Um-Erziehung oder aber Niederhaltung der Deutschen als in den Amerikanern. Es wird darum neben den Verhandlungen über Deutschland und Oesterreich um die Koordination des französisch-britischen Bündnisses mit dem revidierten britisch-russischen gehen.

Vielleicht wird auch die Palästinafrage, um die sich Moskau bis jetzt nicht offen gekümmert hat, in die Verhandlungen hineinspielen. Vor allem, weil die neue Terrorwelle der jüdischen Geheimbünde, das neueste Attentat auf ein Offizierskasino in Jerusalem zumal, die Engländer zur Verhängung des Standrechts zwingt.